



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 15. Januar 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die

87. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 14. Januar 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss ließ sich von M Döring über den aktuellen Sachstand über die **Errichtung einer Landesopferschutzstiftung** informieren. Er sprach sich dafür aus, zwei vom Innen- und Rechtsausschuss zu benennende Mitglieder der Landtages in das vorgesehene Kuratorium der Stiftung zu entsenden. Außerdem nahm er den Bericht des Justizministers zur Realisierung der Landesopferschutzstiftung zustimmend zur Kenntnis und empfahl dem Landtag, auch den ihm überwiesenen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Errichtung einer Landesopferschutzstiftung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Nach einem Bericht des Justizministers zum aktuellen Sachstand der Beratungen zum **Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Strafverfolgungszwecken** auf Bundes- und Europaebene, schloss der Ausschuss seine Beratungen ab, indem er den ihm überwiesenen mündlichen Bericht der Landesregierung zu diesem Thema für erledigt erklärte.

Nach einem weiteren Bericht von M Döring im Zusammenhang mit der vorgesehenen Errichtung einer **Landesarbeitsgemeinschaft „Sport und Justizvollzug“**, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2110, begrüßte der Ausschuss ausdrücklich, dass die Landesregierung inhaltlich das Anliegen des Antrages aufgenommen habe. Einstimmig empfahl er dem Landtag in Übereinstimmung mit dem Antragsteller, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2110, für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss nahm außerdem einen Bericht des Innenministers zur **NPD in Schleswig-Holstein** entgegen.

Im Zusammenhang mit seinen Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein **Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz**, Drucksache 16/2134, sprach der Ausschuss die Bitte an die Landesregierung aus, zu den im Rahmen der schriftlichen Anhörung eingegangenen Positionen Stellung zu beziehen. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen in seiner Sitzung am 4. Februar 2009 abzuschließen.

Seine abschließende Beratung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Illegaler Datenhandel**, Drucksache 16/2224, verschob der Ausschuss auf seine nächste Sitzung am 21. Januar 2009.

Die **Beschlüsse der 22. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, Umdruck 16/3733, überwies der Ausschuss an die Fraktionen mit der Bitte, gegebenenfalls direkt Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss sprach außerdem die Bitte an die Geschäftsführerin des Ausschusses aus, zu den im Rahmen der schriftlichen Anhörung zur Neuregelung des Beamtenrechts in Schleswig-Holstein eingegangenen Stellungnahmen eine Auswertung vorzulegen.

Schluss: 15:15 Uhr

gez. Dörte Schönenfelder